

Mittelständisches Industriebündnis fordert JA zur Industrie

Bündnis Faire Energiewende stellt Forderungskatalog an die Bundesregierung, um Abwanderung der Industrie aus Deutschland zu verhindern

Berlin: In seiner Jahresauftaktpressekonferenz hat das Bündnis Faire Energiewende, BfE, das 10 000 mittelständische Industriebetriebe mit rund einer Million Beschäftigten vertritt, klare Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung gegeben.

Christoph René Holler, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Keramische Industrie und **Sprecher des Bündnisses** appellierte an Bundeswirtschaftsminister Habeck, aus dem von ihm ausgerufenen „Jahr der Industrie“ ein „JA zur Industrie“ zu machen: „Zuletzt haben gut gefüllte Gasspeicher, der bisher milde Winter, leichte Rückgänge der zuvor massiv gestiegenen Marktpreise für Energie und leicht verbesserte Inflations- und Rezessionserwartungen die wirtschaftliche Krisenlage etwas aufgehellt. Für Zehntausende mittelständische Industrieunternehmen stellt sich die Situation dennoch als außerordentlich existenzbedrohend dar. Vielen nutzen die Energiepreisbremsen nichts, die Hilfen können nur unter hohem bürokratischem Aufwand genutzt werden und stellen am Ende durch mögliche Rückzahlungspflichten ein neues Risiko für die Unternehmen dar.“

Bei den Strompreisen ist Deutschland im europäischen Vergleich Spitzenreiter, beim Standortranking ist Deutschland auf Platz 18 von 21 Industriestandorten abgerutscht.

Dr. Helen Fürst, Präsidentin des Gesamtverbandes der Kunststoffverarbeitenden Industrie und Geschäftsführerin der fuerstgroup, die u. a. Mehrwegverpackungen für die Lebensmittelindustrie herstellt, berichtete aus dem Alltag ihres Unternehmens, in dem die Versorgung mit bezahlbarem Strom derzeit das größte Problem ist. Die Familienunternehmerin sorgt sich um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands, wenn immer mehr Industrie-Know-how und Wertschöpfung gezwungenermaßen das Land verlässt.

Helen Fürst: „Kein Mensch will den Standort Deutschland schlecht reden. Ganz im Gegenteil. Wir haben großartige Industrieunternehmen und hochqualifizierte Beschäftigte, wir sorgen für Wertschöpfung und Arbeitsplätze am Standort Deutschland, zahlen hier Steuern, bilden hier aus und wollen auch hier im Land bleiben. Voraussetzung ist aber eine Energiepolitik, die das auch möglich macht!“

Zur akuten Krisenbewältigung fordert das BfE schnelle Nachbesserungen der derzeitigen Energiepreisbremsen, die in der jetzt vorliegenden Form vielen Unternehmen nicht helfen. Die Voraussetzungen, z. B. 40 Prozent Rückgang des Ergebnisses vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen, lassen die Beantragung zum Bürokratiemonster mit ungewissem Ausgang werden. So war die Gaspreisbremse ursprünglich nicht gedacht. Während hier Nachverhandlungen in Brüssel über das Beihilferecht nötig sind, gibt es andere Entlastungen, die die Bundesregierung relativ einfach umsetzen kann.

FAIRE ENERGIEWENDE

So schlägt das BfE vor, alle Netzentgelte aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren, die Strom- und Energiesteuern auf europäische Mindestsätze abzusenken und die nationale CO₂-Bepreisung aussetzen, da sie aufgrund der bereits hohen Preise für fossile Energien als Anreiz zur Verbrauchssenkung ohnehin nicht mehr notwendig ist.

Für BfE-Sprecher Holler ist es auch an der Zeit, dass Bundeskanzler Scholz nun das umsetzt, was er bereits als Kanzlerkandidat der SPD in die Diskussion eingebracht hat: einen Industriestrompreis. **Christoph René Holler:** „Wir brauchen einen Industriepreis für Strom und Gas, der Produktion in Deutschland weiter möglich macht. Auch nach Bewältigung der akuten Energiekrise wird das „neue Normal“ bei den Energiepreisen weit über dem liegen, was unsere internationalen Wettbewerber für Energie bezahlen. Wir brauchen deshalb einen Industriefahrplan für wettbewerbsfähige Energiepreise, bis wir ausreichend bezahlbare erneuerbare Energien auf dem Markt haben.“

Nur mit einem solchen JA zur Industrie in Deutschland wären aus Sicht des BfE die Voraussetzungen gegeben, dass die Transformation Deutschlands zu einem klimaneutralen Industrieland gelingen kann.

Zum Bündnis Faire Energiewende zählen:

- Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie BDG, www.guss.de
- Bundesverband Keramische Industrie e. V., www.keramverbaende.de
- Bundesverband der Energieabnehmer e. V., www.vea.de
- Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e. V., www.textil-mode.de
- Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V., www.gkv.de
- wdk Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie e. V., www.wdk.de
- WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e. V., www.wsm-net.de
- Deutsche Feuerfest-Industrie e. V., www.dffi.de
- Industrieverband Feuerverzinken e. V., www.feuerferzinken.com

Die Verbände im Bündnis Faire Energiewende vertreten branchenübergreifend mehr als 10 000 deutsche Unternehmen mit ca. einer Million Beschäftigten und etwa 200 Milliarden Euro Jahresumsatz.

Der Querschnittsverband Bundesverband der Energieabnehmer vertritt zudem etwa 4 500 Unternehmen aus allen Branchen.

Das Bündnis Faire Energiewende ist unter der Registernummer R001663 im Lobbyregister des Deutschen Bundestages eingetragen.

Warum die mittelständische Industrie faire Energiepreise braucht, erfahren Sie auf faire-energiewende.de